

Klimagerechtigkeit!

Zweite Rede von Fridays for Future bei der Klimademo in Lübeck am 15.09.2023
Aufgezeichnet von Sinah, „Altbauegeflüster“ Dahlmansschule Bad Segeberg

„Experten warnen seit Jahren vor der Klimakatastrophe, vor häufigeren und stärkeren Extremwetterereignissen, Fluten, Dürren, Stürmen, alles Sachen die auch diesen Sommer sehr präsent waren. Wir wissen, was auf uns zukommen kann, wenn unsere Entscheidungsträger*innen jetzt nicht angemessen handeln. Mehr als ein Grund umzulenken!

Dennoch drückt die Bundesregierung weiter voll aufs Gaspedal, im wahrsten Sinne des Wortes. Denn viel zu oft wird immer noch Politik gemacht, die den Fossilstatus erhält und neue Abhängigkeit schafft. Entgegen den wissenschaftlichen Konsens plant unsere Regierung gerade, das Klimaschutzgesetz aufzuweichen!

Genau das Klimaschutzgesetz, das wir vor Gericht erkämpft haben! Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgericht 2021 auf Grundlage der Rechte junger Menschen und kommender Generation wurde das damalige Klimaschutzgesetz als verfassungswidrig erklärt. Doch statt jetzt verbindliche Ziele einzelner Sektoren zu haben, eine Verpflichtung der Ministerien, die CO₂ Emissionen zu reduzieren, soll es jetzt einen legalen Rahmen geben, in dem es völlig in Ordnung ist, dass die Ziele verfehlt werden.

Das heißt, wenn ein Verkehrsministerium nichts macht, hat das im ersten Jahr auch einfach gar keine Konsequenzen. Und das ist zum einem dramatisch, weil die CO₂ Emissionen dadurch vermutlich kaum reduziert werden, zum anderen aber auch, weil es jeden Anreiz für Veränderung blockiert. Mit dieser Verwässerung des Gesetzes fallen genau die Verbindlichkeiten im Klimaschutzrecht, die wir brauchen, um nicht mit Vollgas weiter in die Klimakatastrophe zu fahren. Da ist das Umlenken eine Chance, nicht nur eine Chance auf mehr Klimaschutz, sondern auch eine Chance auf mehr Klimaschutz mit sozialer Gerechtigkeit. Denn die Bewältigung der Klimakrise ist auch eine Frage von Gerechtigkeit!

Den Wenigsten - wahrscheinlich keinem von uns - gehört einer der 100 Konzerne, der in der Vergangenheit für über 70% der CO₂-Emissionen weltweit mitverantwortlich ist. Die wenigsten von uns hier fliegen regelmäßig mit Privatjets durch die Gegend. Die wenigsten von uns hier halten es für eine gute Idee, weiter Geld in fossile Energien zu pumpen und gleichzeitig zu meinen, für Armutsbekämpfung und Bildung sei kein Geld da.

Doch die Kosten dieser Klimakrise tragen wir als Gesellschaft alle und ganz besonders diejenigen, die am wenigsten für sie verantwortlich sind.

Und ja, auch der Klimaschutz ist nicht immer umsonst, aber immer noch so, so viel günstiger, als die Klimakrise jetzt schon ist. Und je länger wir abwarten zu handeln, desto höher wird der Preis!

Wir fordern hier sofortige Bemühungen der Politik in allen Bereichen, den Klimaschutz wirksam umzusetzen. Denn alle von uns haben ein Recht auf Klimaschutz, unabhängig davon, wie hoch unser Einkommen ist. Für alle muss ein lebenswerter, umweltfreundlicher Standard erreichbar sein, egal wie wenig Geld auf dem Konto liegt.

Auch die Ampel hat sich sozialgerechten Klimaschutz im Koalitionsvertrag vorgenommen, nämlich mit Maßnahmen namens „Klimageld“. Wenn ihr davon noch nicht gehört habt, dann bin ich auch nicht überrascht, denn es verdammt still um dieses Vorhaben geworden. Dabei brauchen wir genau jetzt dieses Klimageld, eine Umverteilung des CO₂-Preises. Das Geld, welches die Bundesregierung durch die CO₂-Umpreisung einnimmt, soll gerecht auf alle aufgeteilt werden. Dadurch wird sicher gestellt, dass CO₂ und seine Produkte nicht nur ein Luxusgut für wohlhabende Menschen bleiben und die Bepreisung auch keine Existenzbedrohung für Menschen mit weniger Geld darstellt. In der Welt, in der wir leben, ist klimafreundliches Handeln immer noch häufig kompliziert und auch teuer. Nicht alle Menschen können sich heute schon ein nachhaltiges Leben leisten. Die politischen Rahmenbedingungen sorgen dafür, dass manche sich den Umstieg auf klimaneutrales Heizen, klimafreundliche Mobilität oder auf nachhaltige und gesunde Ernährung aktuell schlicht nicht leisten können.

Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit dürfen hier nicht gegeneinander ausgespielt werden. Wir müssen diese Wende alle gemeinsam angehen und zeigen, dass Klimagerechtigkeit etwas ist, das viele Menschen bewegt und ihnen nutzt. Und dafür braucht es ein Klimageld, was dafür sorgt, dass Klimaschutz nicht einfach auf dem Rücken finanzschwacher Menschen passiert. Als Grundlage für eine effektive Klimapolitik braucht es ein Klimaschutzgesetz, was sicher stellt das Minister*innen ihren Job vernünftig machen.

Und damit das passiert, dafür braucht es auch uns, die weiterhin Druck auf die Politik ausüben. Denn wenn uns die letzten Jahre eins gelehrt haben, ist es, dass ohne den Druck von der Straße einfach nix passiert. Deshalb ist es so wichtig, dass wir hier alle heute hier sind. Danke, dass ihr gekommen seid!

Lasst uns gemeinsam ganz laut für unsere Zukunft sein.
Was wollen wir? – Klimagerechtigkeit!